

## SYNOPSIS

### Dokumentation des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens betreffend die Änderung des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes

Der Entwurf zur Änderung des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes wurde an nachstehende Stellen zur Begutachtung versendet:

1. das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien
2. den Österreichischen Gemeindebund, vertreten durch den NÖ Gemeindebund, Ferstlergasse 4, 3100 St. Pölten
3. den Österreichischen Gemeindebund, vertreten durch den Verband
4. Sozialdemokratischer Gemeindevertreter für NÖ, Europaplatz 5, 3100 St. Pölten
5. den Verband Freiheitlicher und Unabhängiger Gemeindevertreter NÖ, Purkersdorferstraße 38, 3100 St. Pölten
6. den Österreichischen Städtebund – Landesgruppe NÖ, Rathaus, 3100 St. Pölten
7. die Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst
8. die Abteilung Finanzen
9. die Abteilung Gemeinden
10. die Abteilung Anlagenrecht
11. die Abteilung Landesamtsdirektion / Beratungsstelle
12. die Volksanwaltschaft, Singerstraße 17, 1015 Wien
13. die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, Wiener Straße 64, 3100 St. Pölten
14. die Wirtschaftskammer NÖ, Wirtschaftskammer-Platz 1, 3100 St. Pölten
15. die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, AK-Platz 1, 3100 St. Pölten
16. die Rechtsanwaltskammer NÖ, Andreas Hofer-Straße 6, 3100 St. Pölten

17. die Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Am Belvedere 10 /Top 4 1100 Wien
18. NÖ Monitoringausschuss, Rennbahnstraße 29, Tor zum Landhaus Stiege C, 3109 St. Pölten.
19. Amt der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1
20. Amt der Kärntner Landesregierung, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Arnulfplatz 1
21. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, 4021 Linz, Landhausplatz 1
22. Amt der Salzburger Landesregierung, 5010 Salzburg, Chiemseehof
23. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, 8010 Graz, Burgring 4
24. Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3
25. Amt der Vorarlberger Landesregierung, 6900 Bregenz, Römerstraße 15
26. Amt der Wiener Landesregierung, 1082 Wien, Rathaus

Zum übermittelten Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

#### NÖ Gemeindebund

Der NÖ Gemeindebund bedankt sich für die Übermittlung des gegenständlichen Entwurfes und gibt bekannt, dass keine Bedenken gegen die in Aussicht gestellten Änderungen bestehen.

#### Legistische Anregungen der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Zu dem mit Schreiben vom 18. März 2024 übermittelten Entwurf einer Änderung des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes dürfen wir Ihnen mitteilen, dass gegen den vorliegenden Entwurf – da unsere Anregungen aus der Vorbegutachtung berücksichtigt wurden – grundsätzlich keine Einwände bestehen.

Die allgemeinen Bemerkungen werden zur Kenntnis genommen.